

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Anzeigen-Preis: die einspaltige kleine Zeile 15 Pfennig.

Bezugs-Preis 1927 als
Geschäftstest durch
Boten 1927 1.1.1927
Markt 1927 1.1.1927
ins 1927 1.1.1927

56. Zabroana.

©) (Nachdruck verboten.)

„Ein Hund bellt“ — sagte Doktor Robinson, der rasch das Ohr an die Tapete gelegt hatte, und sein sonst so

(Fortsetzung folgt.)

Abkürz.

Arbeiter Deutschlands!

Die unterzeichneten Lehrer der Wirtschaftswissenschaft an den deutschen Hochschulen sehen in Euch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft unseres unglücklichen Vaterlandes. Mit allem, was sie gelernt haben, werden sie freudig daran mitarbeiten, daß Deutschland in der Ausgestaltung der Grundsätze der Freiheit und Gleichheit, als soziale Republik vorbildlich hervorleuchte unter allen Staaten. Aber dieses große Ziel ist nicht von heute auf morgen zu erreichen. Zunächst muß der viel verzweigte Apparat unseres Wirtschaftslebens für die friedliche Produktion wieder hergerichtet werden. Das ist bei einer Arbeiterschaft von Millionen an sich eine unendlich schwierige Aufgabe und sie ist durch die überhäufte Demobilisierung und die Fortdauer der Wollade fast bis zur Unlösbarkeit weiter erschwert worden. Darum heißt es in Eurem eigenen Interesse die Vorbedingung für alles weitere zu schaffen. Folgt Euren Gewerkschaften und Gewerksvereinen, die mit der deutschen Friedensproduktion so gut vertraut waren und daher wissen, worauf es in dieser furchtbaren Not ankommt. Gelingt es nicht, die heutige Unordnung schnell zu überwinden und das deutsche Wirtschaftsleben bald wieder in vollen Gang zu bringen, dann müßt Ihr alle Euer Hoffnungen begraben. Dann kommt für lange Zeit ein namenloses Elend über unser ganzes Volk und ganz besonders über Euch und Eure Kinder. Erst muß die Arbeit wieder in Gang sein, erst dann kann sie neu geregelt werden. Zeigt, daß ihr den großen Aufgaben der Revolution gewachsen seid. Rechtfertigt das Vertrauen, das gerade wir in Eure Einsicht und Besonnenheit, Eure Bildung und Selbstbeherrschung setzen. Stellt mit Hilfe Eurer bewährten Gewerkschaften und Gewerksvereine Ordnung wieder her, ohne die keine Freiheit und ohne die kein Fortschritt denkbar ist. Dann werdet ihr etwas Großes schaffen, das als Vorbild vor der Menschheit stehen wird. Sonst gibt es einen Zusammenbruch, von dessen abschreckender Furchtbarkeit, ihr Euch kaum ein Bild machen könnt. Nur ihr könnt helfen. Helft schnell! Helft alle!

Die Professoren der Wirtschaftswissenschaft an den deutschen Hochschulen:

Altman (Heidelberg), Biermann (Leipzig), Brentano (München), Bleicher (Frankfurt), Diebel (Bonn), Eberstadt (Berlin), Elphacher (Berlin), Eßlen (Berlin), Edert (Köln), Eulenburg (Machen), Gerlach (Königsberg), Gehrig (Dresden), v. Gottl. (München), Götting (Berlin), Garmes (Kiel), Hasenpflug (Danzig), Hellauer (Berlin), Hesse (Königsberg), Hoeniger (Berlin), Jirsch (Köln), Kachler (Greifswald), Lisch (Tübingen), Loh (München), Viehmann (Freiburg), Mannsbaet (Bonn), Mitscherlich (Breslau), Montbert (Freiburg), Adolf Weber (Freiburg), Rahn (München), Manes (Berlin), Neuburg (Erlangen), Oldenburg (Göttingen), Oppenheimer (Berlin), Bierstorff (Jena), Plenge (Münster), Brion (Berlin), Schär (Berlin), v. Schanz (Würzburg), Schmalenbach (Köln), Schmidt (Frankfurt), Schmoel (Münster), Schulze (Leipzig), v. Schulze-Gaevernig (Freiburg), Schumacher (Berlin), Seering (Berlin), Stalweit (Weihen), Sombart (Berlin), Spielhoff (Bonn), Stephinger (Tübingen), Stieda (Berlin), Toennies (Kiel), Troeltzsch (Marburg), Waentig (Halle), Adolf Weber (Breslau), v. Wiese (Köln), Wilbrandt (Tübingen), Zimmermann (Berlin), Seefner (Berlin).

Wird veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 6. Februar 1919.

Der Landrat.

J. R. Riewöhner.

Politische Nachrichten.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 28. Febr. 1919. Heute wurde die zweite Beratung der vorläufigen Reichswehrvorlage zu Ende geführt; da es sich um den so wichtigen Grenzschutz des von den Bolschewiken bedrohten Ostpreußens handelt, ist die dritte Beratung schon in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufgenommen.

Weimar, 25. Februar. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10,15 Uhr.

Ministerpräsident Scheidemann erklärte, die Regierung werde die Interpellation der Deutschnationalen Volkspartei betr. Eingriffe einzelner Staaten in den Religionsunterricht an einem noch zu vereinbarenden Tage beantworten. — Weiter steht auf der Tagesordnung der Gesetzentwurf über die vorläufige Reichswehr. Abg. Schöpplin (Soz.): Der Antrag ist ein Rotentwurf. Durch Aussetzung der Wehrpflichtigen eine Militärmacht zu schaffen, ist zurzeit nicht ausführbar. Es ist eine fast grausame Ironie des Schicksals, daß der Staat, der einst die stärkste Wehrmacht der Welt war und zuerst die allgemeine Wehrpflicht einführt, jetzt genötigt ist, Freiwillige durch Zeitungsinserate zu werben.

WTB. Berlin, 25. Febr. Bei der Nationalversammlung ist eine Interpellation Arnstaedt und Genossen eingegangen: Wider Recht und Gesetz haben einzelne Staaten: Sachsen, Hamburg, Braunschweig, Eingriffe in den Religionsunterricht vorgenommen oder für das neue, Ostern beginnende Schuljahr, vorgezogen. Gedenkt die Reichsleitung zu solchen Eingriffen der Einzelstaaten in die Verwaltung der zu Recht bestehenden Schulgesetz Stellung zu nehmen?

Die preussische Regierung ohne das Zentrum?

Weimar, 26. Febr. Es verlautet, daß in sozialistischen und demokratischen Kreisen Bestrebungen im Gange sind, die darauf abzielen, die preussische Regierung ohne Mitwirkung des Zentrums zu bilden.

Die Vorarbeiten der Entente noch nicht beendet.

WTB. Berlin, 25. Febr. Nach einer Meldung der Waffenstillstandskommission konnten die Verhandlungen über das Lebensmittel-, Schiffahrts- und Finanz-Abkommen in Spa, deren Beginn von der Entente auf gestern angesetzt worden war, noch nicht anfangen, da die Alliierten in letzter Stunde mitteilten, daß ihre diesbezüglichen Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen seien. An eine Aufnahme der Verhandlungen vor dem 4. März ist nicht zu denken.

Desel wieder befreit.

WTB. Libau, 25. Febr. Wie die hiesige deutsche Gesandtschaft mitteilt, ist die Insel Desel, die durch Handstreich in die Hände der Bolschewiken gefallen war, durch estnische Truppen zurückerobert worden. Leider haben die Bolschewiken vorher noch Zeit gefunden, ihre üblichen Gräueltaten zu verüben. So ist der reichsdeutsche Sekretär des auf Desel amtierenden Beauftragten der deutschen Gesandtschaft bei der estnischen Regierung, Herr Kropp mit Frau in Knipart ermordet worden. 2000 Mark seiner Dienstgelder wurden geraubt. Auch der unterwegs befindliche Kurier der deutschen Gesandtschaft, Oskar Nahr, sowie viele Esten und Deutschbaltten, darunter Landmarschall von Burgbeeden und seine Brüder wurden ermordet. Dem Kurier wurden außer 5000 Mark Dienstgeldern die Kurierpost und alles Privatgepäck geraubt. Einzelheiten fehlen noch.

Anarchistischer Anschlag auf Wilson?

WTB. New York, 25. Febr. 14 Männer wurden am Sonntag infolge der Anschuldigung, ein Komplott gegen Präsident Wilson vorbereitet zu haben, verhaftet. (Cobl. R.-Z.)

Ludendorff und Scheidemann.

Berlin, 21. Febr. Von unterrichteter Seite geht der Telegraphen-Union folgende Mitteilung zur Veröffentlichung zu: „Die Behauptung des Ministerpräsidenten Scheidemann, General Ludendorff habe am 1. Oktober 1918 gesagt: „Ich komme mir vor wie ein Hasardspieler“ ist irrtümlich. General Ludendorff hat in den letzten Tagen des September und am 1. Oktober wiederholt erklärt: „Die Lage in Mazedonien hat mich gezwungen, für den Westen bestimmte Reserven auf dem Balkan einzusetzen. Für den Westen sind nun keine Reserven mehr verfügbar. Angesichts der ersten Kämpfe läme ich mir wie ein Hasardspieler vor, wenn ich nicht auf baldige Beendigung des Krieges dränge. Das ist genau das Gegenteil von dem, was Herr Scheidemann behauptet!“

Die Lage in München.

Berlin, 25. Febr. Nach Münchener Meldungen verlautet, daß sich die bayerischen Truppenkontingente mit Ausnahme der Sanitionen in München und Nürnberg gegen die Käteregierung erklärt haben. Sie fordern in einem Telegramm an den Bürgerausschuß die Wiedereinberufung des Landtages.

Sicherheit von Kriegaanleihe, Spar- und Bank-Guthaben.

WTB. Köln, 26. Febr. Es ist erfreulich, daß auch der Reichsminister für das Reichsschatzamt, Dr. Schiffer, die erste Gelegenheit benutzt hat, um in der deutschen Nationalversammlung sich zu der vielfach angeschnittenen Frage der Sicherheit der Kriegaanleihe, Spar- und Bankguthaben zu äußern. Er hat mit aller Deutlichkeit erklärt: „Davon, daß die Kriegaanleihen annulliert, die Sparkassen- und Bankguthaben beschlagnahmt werden sollen, ist keine Rede. Ich erkläre, daß die Reichsregierung an eine solche Maßnahme, die die größte Rechtsverletzung wäre und die den Untergang des Reiches bedeuten würde, nicht denkt.“ Diese Erklärung der Regierung, die an so hervorragender Stelle erfolgt ist, dürfte nun wohl alle etwaigen Befürchtungen vollkommen ausräumen. Auch die von lokalen zeitweiligen Macht-habern verurteilten Eingriffe, von denen jetzt hin und wieder in den Zeitungen zu lesen ist, sind damit als völlig rechtsunwirksam gekennzeichnet. Bisher ist trotz der unruhigen Zeiten noch kein Geld den Kontoinhabern bei Sparkassen und Banken verloren gegangen, wohl aber sind sehr häufig zu Hause aufbewahrte Barbeträge und Wertpapiere gestohlen worden. Damit ist auch tatsächlich die Sicherheit der Einlagen im Sparkassen- und Bankbetrieb bewiesen. Diese Einrichtungen verdienen das Vertrauen, das ihnen entgegengebracht wird.

Erhöhung der Unterhaltsrenten.

Eine Erhöhung der Unterhaltsrenten, die durch Gerichtsurteil zuerkannt sind, ist nicht, wie vom Publikum immer angenommen wird, gegen die Reichskasse unmöglich. Man kann vielmehr auf Abänderung des festgestellten Rentenbetrages klagen. Voraussetzung bildet, daß eine wesentliche Veränderung der Verhältnisse eingetreten ist, die für die Verurteilung zur Entrichtung der wiederkehrenden Leistungen oder für die Bestimmung der Höhe der einzelnen Leistungen oder der Dauer ihrer Entrichtung dem Gericht maßgebend waren. Eine solche Veränderung wird bei der durch den Krieg hervorgerufenen Entwertung des Geldes und Verteuerung der Lebensverhältnisse jetzt regelmäßig nachzuweisen sein. So können Vormünder ihre Mündel, wie überhaupt alles, denen durch Urteil eine Rente zugesprochen ist, hinreichende Zahlungen erlangen, wenn sie mit den ihnen gewährten Beträgen nicht mehr auskommen. Eine Abänderung des Urteils darf nur für die Zeit nach Erhebung der neuen Klage erfolgen, nicht für die Vergangenheit. Was an Geld schon zugesetzt worden ist, kann nicht erstattet werden; umgekehrt ist auch die Herabsetzung einer Rente zu erzielen, z. B. unter Umständen, wenn der oder die Berechtigte heiratet oder sonst anderweit versorgt wird.

Der Bund deutscher Offiziersfrauen

weist auf die große Not der Offiziersfamilien hin und bittet Behörden und Fabrikanten um die Anstellung von ehemaligen Offizieren.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 27. Februar.

!! Achtung! Sommerzeit. Im besetzten Gebiet wird in der Nacht vom 1. auf 2. März die Sommerzeit eingeführt werden. Deshalb müssen am 2. März um 3 Uhr vormittags sämtliche Uhren um eine Stunde, also auf 4 Uhr vorgerückt werden.

(-) Verkehrserleichterung. Wie die französische Kommandantur bekannt gibt, ist der freie Verkehr im Kreise St. Goarshausen nunmehr auf Grund des vom französischen Kommandanten unterzeichneten Personalausweises gestattet.

!! Zur Beachtung. Alle Einfuhr- und Ausfuhranträge sind nach neuer Vorschrift zunächst zur Abstimmung dem zuständigen Administrator des Kreises (für Wiesbaden-Stadt im Rathaus, für die Kreise Wiesbaden-Land, Höchst, Unterhambach, Rheingaukreis und Kreis St. Goarshausen im entsprechenden Landratsamt) vorzulegen, danach erst der Abteilung für Industrie, Handel und Gewerbe bei der Handelskammer Wiesbaden einzureichen.

:- Evangel. Gemeinde. Da das Gemeindehaus zur Zeit noch belegt ist, kann die für morgen (Freitag) in Aussicht genommene Singstunde des Frauenchors nicht stattfinden.

(!) Postalisches. Die Quittungen über Invaliden-, Alters- und Unfallrenten usw. für den Monat März müssen amtlich beglaubigt sein.

:- Postalisches. Den im besetzten Gebiet wohnenden Postbeskanden des Postbeskandes Frankfurt (Main) kann, wie wir von der Handelskammer Wiesbaden erfahren, auf Antrag beim zuständigen Postamt für die Dauer der Beschränkung des Verkehrs mit dem unbesetzten Gebiet ein Konto bei den Postbeskändern in Köln oder Ludwigshafen eröffnet werden.

! Die Fischeinfuhr. Wie die Köln. R. Z. schreibt, ist die Einfuhr von Fischen, Seringen und Muscheln aus Holland nach den von den Briten besetzten Gebieten jetzt erlaubt. Eine solche Erlaubnis für unser Gebiet würde ohne Zweifel auch von uns dankbar begrüßt werden.

!! Hinweis. Die Handelskammer zu Wiesbaden macht die am Ausfuhrverkehr beteiligten Firmen des Bezirks darauf aufmerksam, daß die Berliner Handelskammer zu dem von ihr herausgegebenen Verzeichnis „Deutsche Aus- und Durchfuhrverbote aus Anlaß des Krieges, 6. Auflage vom 1. Juni 1918“ einen Nachtrag II herausgegeben hat, der alle in der Zeit vom 11. 10. 1918 bis 1. 2. 1919 in Kraft getretenen Änderungen enthält, darunter besonders die Ausfuhrverbotungen für Fahrzeuge, Gipswaren, Glas und Glaswaren, Kinderpielzeug, Klaviere, Steine und Waren daraus, Taschenuhren, Tonwaren, Zementwaren. Die Druckfache kann zum Preise von 25 Pfg. und 5 Pfg. Porto vom Verkehrsbüro der Handelskammer zu Berlin, Universitätsstr. 3b, gegen Voreinsendung des Betrages oder unter Nachnahme bezogen werden. Der Preis für das Hauptverzeichnis mit Nachtrag I und II beträgt 2,60 M und 0,15 M für Porto.

!! Hinweis. Die Industrie- u. Handelsbetriebe, die Bedarf an Benzol zum gewerblichen Verbrauch haben, werden ersucht, ihren Monatsbedarf schriftlich bei der Handelskammer zu Wiesbaden anzumelden, die in der Lage ist, Benzol zu vermitteln.

:- Fischerei. Von der E. J. R. C. ist betreffs gewerbmäßiger Fischerei wie folgt entschieden worden: „Die Fischer dürfen nicht mit Ausweisen der Commission Interalliee de Navigation de Campagne versehen werden. Von den betreffenden Armeen werden Ihnen besondere Erlaubnisscheine zugestellt.“

Niederlahnstein, den 27. Februar.

(+) Kriegerob. Im Krankenhaus zu Vahr starb an den Folgen einer Krankheit, die er sich im Felde zugezogen, der Unteroffizier Wilhelm Rath, Inhaber des Eis. Kreuzes 2. Kl. und der Badischen Verdienstmedaille, ein Sohn von Eisenbahnschaffner a. D. Corn. Rath. Drei Jahre lang hat der Verstorbene die Mähen und Entbehrungen an der Front ertragen und mußte nun, nachdem er glücklich den Kriegsgeschehen entronnen, sein junges Leben lassen.

:- Kaninchenzuchtverein Niederlahnstein. Am 26. Januar schlossen sich die hiesigen Kaninchenzüchter zu einem neuen Verein zusammen. Durch die aufgehobene Beschlagnahme der Kaninchenfelle beschäftigt genannter Verein die Verarbeitung aller erzüchteter Felle zu Pelz-lacken, wie Bodes, Muffe, Kragen, Mägen und dergl. Durch die Anschaffung von Pelzgrassen kleinen und mittleren Schlages, wird den Mitgliedern im nächsten Jahr die Ausstattung mit selbst erzüchtetem Pelzwerk doppelter Ansporn geben zur Verwirklichung der Fleisch- und Nuzgucht. Kaninchenfleisch muß Vollnahrung werden. Da die Leistung des Vereins in guten Händen steht und nichts unterlassen wird, die Zucht auf rechte Höhe zu bringen, so dürfte sich noch recht viele Züchter zu diesem Verein zusammensfinden. Der Eintrittspreis ist bis zur ersten Monatsversammlung noch frei. Der Jahresbeitrag beträgt pro Kalenderjahr 1,20 M im Voraus.

(S) Kleintierzuchtverein Niederlahnstein. Zugunehmend auf die in der gestrigen Nummer dieses Blattes erschienene Dedangeze des „Kaninchenzucht-Verein“ Niederlahnstein weisen wir — um Irrtümern seitens unserer Mitglieder und Freunde zu vermeiden — darauf hin, daß es sich nicht um die Kaninchenzuchtstation des großen, alten Vereins handelt, sondern um solche eines vor kurzem gegründeten neuen Vereins. Die Kaninchenzuchtstation unseres Vereins befindet sich bei Herrn Wilh. Benner, Eisen- und Untergeschäft, Holzgasse. Siehe Anzeige in heutiger Nummer.

